

Call for papers = Appel à contributions

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **22 (2015)**

Heft 2: **Par tous les sens = Mit allen Sinnen**

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Call for Papers Appel à contributions

Verfassung, Staatsbürgerschaft und Schule

traverse. Zeitschrift für Geschichte 1 (2017)

Daniel Troehler, Danièle Tosato-Rigo, Katja Hürlimann, Stefan Nellen

Der thematische Schwerpunkt soll die Frage des *nation building* um einen Aspekt bereichern, der in der Forschung bisher vielleicht eher marginalisiert war, und zwar um die Rolle der Schule und den Erwartungshorizont, den sie reflektiert. Ausgelöst vorwiegend durch die Ereignisse der amerikanischen und französischen Revolution haben sich am Übergang vom 18. ins 19. Jahrhundert die Vorstellungen darüber, was eine Staatsbürgerschaft ist, geändert. Exemplarische Studien wie jene von Manfred Riedel in den «Geschichtlichen Grundbegriffen» (Riedel 1972) belegen eindrücklich, wie insbesondere auf der rechtlichen Grundlage der neuen Verfassungen Einwohner eines territorial definierten Gebiet zu Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern werden, für welche Fragen von Souveränität und Rechtsanspruch definiert sind. Dabei gilt es zu bemerken, dass jeweils kurz nach der Verabschiedung neuer Verfassungen umfassende neue Schulgesetze verabschiedet wurden, welche die Schule «modernisierten», um die Einwohner zu Staatsbürgerinnen beziehungsweise Staatsbürgern zu formen, oder, wie Eugen Weber am Beispiel Frankreichs zeigt, *Peasants into Frenchmen* zu transformieren (Weber 1976).

In den Niederlanden wurde die neue Verfassung sowie das neue Schulgesetz 1814 verabschiedet, in Frankreich wurde 1830 die *Charte constitutionnelle* als Verfassung verabschiedet und 1833 Guizots umfassendes Schulgesetz, in den Schweizer Kantonen wurden ab 1831 neue Verfassungen verabschiedet, auf die in der Regel innert Zweijahresfrist jeweils ein Schulgesetz folgte, und in Luxemburg wurde die Verfassung 1841 verabschiedet und das neue Schulgesetz 1843; ähnliches folgte, 30 Jahre später, mit der Verfassung des Deutschen Reichs 1871 und dem darauf folgenden Ausbau des Schulsystems. Inwiefern dieser Pas de deux (auch)

ein Zufall sein könnte oder inwiefern es sich um ein Symptom der Nationalstaatenbildung im 19. Jahrhundert handelt, der heute obsolet geworden ist, könnte (kritisches) Thema von Beiträgen sein, die sich aus dem *call for papers* ergeben. Entscheidend ist dabei, dass unter Staatsbürgerschaft nicht (nur) und nicht einmal in erster Linie die politische Bürgerschaft verstanden wird und damit für die Frage der Bildung auch nicht Fächer wie Staatskunde oder politische Bildung im Zentrum stehen. Sie ist als generischer Begriff zu verstehen, der in unterschiedlichen kulturellen Kontexten jeweils anders materialisiert wurde und jeweils andere Binnendifferenzierungen (nach Stand, Geschlecht, Ausbildung) nicht nur zuließ, sondern verstärkte. Es geht vor allem darum, zu untersuchen, wie die Schulgesetze beziehungsweise die ihnen folgenden Curricula (der verschiedenen Schulstufen) als Ganzes das Design für die zukünftigen Bürgerinnen und Bürger – für die *imagined citizen* – vorbereiten; dazu gehören die Analyse geschlechtlich differenzierter Fächer von «Hauswirtschaft» für Frauen und «handwerkliches Arbeiten» für Jungen genau so wie die sozial differenzierten Fächerkombinationen zwischen Gymnasium und Oberprimärstufe: Curricula sind Versuche, die künftigen Bürgerinnen und Bürger in ihren mannigfaltigen Differenzierungen auf ihr (vermutetes) privates, gesellschaftliches, berufliches und allenfalls politisches Leben effektiv vorzubereiten.

Im *nation building*-Projekt konnten sich die meisten europäischen Nationen auf die Vorstellungen einer durch eine gemeinsame Sprache schon potenziell geeinten Nation berufen; und wo Mehrsprachigkeit herrschte, wurden massive Anstrengungen unternommen (nicht zuletzt im Lehrplan der Schule), Monolingualität herzustellen; der Soziolinguist Jan Blommaert (1999) spricht nicht zufällig von der «one nation-one language-ideology». Verschiedene Nationalstaaten aber konnten sich in ihren nationalpädagogischen Projekten nicht oder nur zum Teil auf die Gleichung «Nation = gemeinsame Sprache» berufen, so zum Beispiel Luxemburg oder vor allem auch die Schweiz. Bei Letzterer kam hinzu, dass die Kantone souveräne Gebilde in einem souveränen Nationalstaat waren, sodass «Staatsbürger/-in» eine doppelte – kantonale und nationale – Dimension aufwies, die sich nicht immer ergänzten. Es ist vor diesem Hintergrund kein Zufall, dass in beiden Ländern die Frage nach dem Sprachunterricht (Erstsprache, Zweitsprache, Fremdsprache) bis heute oft hitzig debattiert wird, nicht zuletzt hinsichtlich der Frage der nationalen Verständigung und «Einheit».

Der hier vorgeschlagene thematische Schwerpunkt geht von diesem Phänomen aus und möchte Studien veröffentlichen, die untersuchen, wie sich kulturell und politisch jeweils dominante Vorstellungen über Verfassung, Gesellschaft und Staatsbürgerschaft in einzelnen Territorien entwickeln – in der Schweiz und im Ausland – und dabei ihre Normativität in der Organisation und den Curricula der Schulen niederschlagen. Durch die dichte Kontextualisierung, wie sie die

américanische *curriculum history* vorsieht, sollte Schulgeschichte als Teil einer breiteren Kulturgeschichte erfasst werden, in welcher auch die Nationalstaatenbildung situiert wird. Dabei sind verschiedene epochale Wendepunkte, zwischen dem Zeitalter der Revolutionen und heute, man nenne nur für die Schweiz die Helvetische Republik, die Zeit nach 1830, die Zeit nach 1874 mit der Revision der Bundesverfassung, die Kriegszeit, in welcher die Schweiz inneren Zerreisproben ausgesetzt war («fossé moral»), und dann vor allem auch die Zeit der Globalisierung nach 1989, die das Korrelat von Nationalstaat und Schule einer kritischen Prüfung unterziehen kann.

Erwartet werden ein Abstract von einer Seite und ein kurzes Curriculum Vitae bis zum 1. September 2015 von:

Daniel Troehler (daniel.troehler@uni.lu) und

Daniele Tosato-Rigo (daniele.tosato-rigo@unil.ch)

Constitution, citoyenneté et école

traverse. Revue d'histoire 1 (2017)

Daniel Troehler, Danièle Tosato-Rigo, Katja Hürlimann, Stefan Nellen

Ce dossier thématique vise à enrichir la réflexion sur la question de la construction nationale en s'intéressant à un aspect demeuré peut-être un peu marginal dans la recherche jusqu'à aujourd'hui: celui du rôle de l'école et de l'horizon d'attentes qu'elle reflète.

Fortement influencée par les événements des révolutions américaine et française, une transformation de l'idée de la citoyenneté s'opère au cours de la période de transition du 18^e au 19^e siècle. Des études telle celle de Manfred Riedel dans les *Geschichtliche Grundbegriffe* (Riedel 1972) démontrent comment les nouvelles constitutions transforment, sur une base juridique, les habitants d'une zone territorialement définie en des citoyens et citoyennes à l'intention desquels sont définies des questions de souveraineté et d'accès aux droits juridiques. L'acceptation de nouvelles constitutions, il faut le souligner, est souvent suivie de près par celle de lois scolaires tout aussi étendues, dans lesquelles l'école se trouve «modernisée» en vue de la formation des nouveaux citoyens et citoyennes, ou, comme le montre Eugen Weber à l'exemple de la France (Weber 1976), aux fins de transformer les *Peasants into Frenchmen*.

durant la même année (1814); en France, la grande loi scolaire Guizot (1833) fait suite à l'adoption de la *Charte constitutionnelle* (1830); dans les cantons suisses, de nouvelles constitutions sont adoptées à partir de 1831 et généralement suivies en l'espace de deux ans par une loi scolaire; au Luxembourg, la constitution est adoptée en 1841 et la nouvelle loi scolaire en 1843; enfin, l'empire allemand suit plus tard un modèle analogue, avec la constitution de 1871 et l'élaboration d'un système scolaire qui suit immédiatement. Ce «pas de deux» est-il une simple coïncidence ou faut-il y voir un symptôme de la formation des Etats nationaux du 19e siècle? La question pourrait être discutée dans des contributions répondant à ce call for paper.

La notion de citoyenneté telle que nous la comprenons, il importe de le préciser, n'englobe pas (seulement), ni même en premier lieu la citoyenneté politique ni, s'agissant d'instruction, la formation politique, ou des disciplines telles que l'instruction civique. Il s'agit d'une notion générique, qui s'est matérialisée différemment d'un contexte culturel à l'autre, non seulement en autorisant toutes sortes de différenciations (selon le statut social, le sexe, la formation) mais en renforçant ces dernières. Aussi s'agit-il principalement d'analyser comment les lois scolaires – et les curricula respectifs (des différents niveaux scolaires) qui les ont suivis préparent de façon globale la matrice des futurs citoyens et citoyennes – les *imagined citizen*. S'y rattachent l'analyse de la différenciation genrée des disciplines – économie domestique pour les jeunes femmes et travaux manuels pour les jeunes hommes par exemple –, tout comme la différenciation sociale des combinaisons de disciplines prévues entre le gymnase et le niveau primaire supérieur: les curricula représentant des tentatives de préparer les futur-e-s citoyen-ne-s, dans toutes leurs différenciations, à leur (supposées) vie privée, sociale, professionnelle et, le cas échéant, politique.

Dans le projet de construction nationale, la plupart des pays européens pouvaient s'appuyer sur l'idée d'une unité nationale déjà potentiellement présente dans une langue commune. Là où régnait le plurilinguisme, des efforts massifs furent entrepris (en particulier dans les programmes scolaires) pour imposer une langue. Le sociologue Jan Blommaert (1999) a évoqué à ce propos la «one nation – one language ideology». Or, quelques Etats, à l'exemple du Luxembourg ou de la Suisse, ne pouvaient pas ou seulement en partie se référer dans leur projet éducatif à une nation unie par une langue commune. En outre, en Suisse les cantons formaient des entités souveraines dans un Etat national souverain, de telle manière que la citoyenneté comportait une double dimension (cantonale et nationale) qui ne se complétait pas toujours. Rien d'étonnant dès lors si dans ces deux pays la question de l'enseignement linguistique (première langue, deuxième langue, langue étrangère) continue de susciter des débats houleux, relatifs notamment à la question de la cohésion nationale.

Partant de ce phénomène, ce dossier thématique entend réunir des contributions qui examinent comment des représentations dominantes de la constitution, de la société et de la citoyenneté se développent dans des territoires donnés – en Suisse et à l'étranger – et se répercutent de façon normative sur l'organisation et les curricula scolaires. Grâce à une contextualisation prônée notamment par la *curriculum history* américaine, l'histoire de l'école devrait ainsi devenir partie intégrante d'une histoire culturelle plus large où nous situons également la construction des Etats nationaux. Dans cette perspective, divers tournants chronologiques pourraient être pris en considération, entre la décennie révolutionnaire et aujourd'hui. Par exemple, pour la Suisse, la période de la République helvétique, l'après 1830, l'après 1874 avec la révision de la constitution fédérale, celle de la guerre et de l'épreuve du «fossé moral», puis, surtout l'époque de la globalisation d'après 1989, quand le lien entre Etat-nation et école peut être soumis à un examen critique.

Un résumé d'une page accompagné d'un bref *curriculum vitae* sont à envoyer jusqu'au 1er septembre 2015 à:

Daniel Troehler (daniel.troehler@uni.lu) et

à Daniele Tosato-Rigo (daniele.tosato-rigo@unil.ch)